

**Holbrooke:** Jeder aus unserer Generation hat seine eigene Biografie und seine eigenen Erinnerungen. Wer wie ich oder John Kerry gedient hat oder wer nicht gedient hat, wer gegen den Krieg war oder sich dem Einsatz entzogen hat – für uns alle, die wir heute in den Fünfzigern oder Sechzigern sind, war Vietnam ein einschneidendes Erlebnis.

Ich glaube aber nicht, dass dieser Krieg meine Generation nach wie vor wie ein Gespenst verfolgt. Allerdings spukt Vietnam durch den Präsidentschaftswahlkampf. Vergangene Woche zum Beispiel drehte sich die gesamte Berichterstattung um diesen Krieg, der schon vor 30 Jahren zu Ende gegangen ist – und das an einem Tag, als im Irak sechs Amerikaner getötet wurden. Das ist schon sehr merkwürdig. Und dabei wird John Kerry, ein dreimal verwundeter und fünfmal ausgezeichneter Kriegsheld, von Leuten angegriffen, die einen Präsidenten unterstützen, der Vietnam zu meiden verstand und nicht einmal den Nachweis antreten kann, dass er seinen Dienst in der Nationalgarde in Alabama ableistete. Und sein Vizepräsident sagt öffentlich, er sei nicht nach Vietnam gegangen, weil er andere Prioritäten hatte.

Ich finde das seltsam, ich finde das bedauerlich. Denn Vietnam ist heute kein Problem, Irak aber ist eines.

**SPIEGEL:** Wem hilft die Vietnam-Obsession mehr – Kerry oder Bush?

**Holbrooke:** John Kerry hat Kriegserfahrung, George Bush und Dick Cheney haben sie nicht. Darüber werden die Wähler ihr Urteil fällen. Die Fakten sind bekannt, doch Senator Kerry wird momentan von einigen früheren Vietnam-Veteranen heftig attackiert, die ein angeblich unabhängiges politisches Komitee gegründet haben. In Wahrheit finanzieren texanische Republikaner dieses Komitee. Ihr juristischer Ratgeber war der Justiziar der Bush-Kampagne, weshalb er zurücktreten musste.

**SPIEGEL:** Wann beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes?

**Holbrooke:** Das nächste Großereignis wird die erste Debatte zwischen Kerry und Bush Ende September sein, glaube ich.

**SPIEGEL:** Sie waren 1993/94 Botschafter in Deutschland und reisen regelmäßig dorthin ...

**Holbrooke:** Das nächste Mal bin ich am 9. September in Berlin, um den Jahrestag der Gründung der American Academy zu feiern. Vor zehn Jahren haben Henry Kissinger, Richard von Weizsäcker und ich mit anderen diese Akademie gegründet. Kanzler Schröder wird erstmals dabei sein.

**SPIEGEL:** Eine gute Gelegenheit, ihm die Außenpolitik Kerrys nahe zu bringen.

**Holbrooke:** Es ist mir immer eine Ehre, den Kanzler zu treffen.

**SPIEGEL:** Herr Botschafter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

## ÄQUATORIALGUINEA

# Rüde Methoden

Söldner stehen vor Gericht – sie sollen einen Putsch geplant haben, in den angeblich auch noch der Sohn von Maggie Thatcher verwickelt war.



FRANÇOIS GUILLOT / AFP

**Präsident Obiang**  
Alle paar Jahre eine neue Verschwörung

**V**iel hat ein Fremder nicht zu erwarten in Äquatorialguineas Hauptstadt Malabo und deren Umgebung. Die einstige spanische Kolonie, flächenmäßig fast so groß wie Brandenburg und einwohnerstark wie Hannover, war einst ein verschlafener Kaffee-und-Kakao-Staat: Das Telefonbuch hatte zwei Seiten, zwei Autos auf der Straße waren ein Stau, und das einzige Hotel verfügte weder über Strom noch fließend Wasser. Laut „Guardian“ waren die damaligen Machthaber gar bereit, die Regierungsgewalt für das verarmte Staatsgebilde – ein paar Inseln und ein Streifen Festland zwischen Kamerun und Gabun – für 559 000 britische Pfund an Kamerun zu verscherbeln.

Doch seit Anfang der neunziger Jahre riesige Ölfelder gefunden wurden, ist Äquatorialguinea Schwarzafrikas viertgrößter Ölproduzent; große amerikanische Fördergesellschaften geben sich in Malabo die Klinke in die Hand. 80 Prozent der Einkünfte aus dem einträglichen Geschäft freilich sollen nach Schätzung der Vereinten Nationen in die Taschen des Diktators Teodoro Obiang Nguema und seiner Entourage fließen.

Der Staatschef befindet sich zurzeit im Mittelpunkt einer Polit-Groteske, in deren Strudel mittlerweile gar der Sohn von Britanniens Eiserner Lady, Sir Mark Thatcher, geraten ist. Der Dandy, vorige Woche in

seinem Wohnort bei Kapstadt vorübergehend verhaftet, soll hinter einem gemeingefährlichen Putschversuch stehen. Das Opfer sollte angeblich Obiang sein. Der paranoide Präsident, der 1979 durch einen Umsturz an die Macht kam und seinen Onkel hinrichten ließ, wird von einer 200-köpfigen marokkanischen Leibgarde geschützt. Alle paar Jahre wittert er eine neue Verschwörung gegen sich.

Bereits Anfang März wurde das angebliche Komplott aufgedeckt. Da verhaftete die Polizei in Äquatorialguinea zahlreiche Ausländer: den vermeintlichen Drahtzieher des Umsturzversuchs, den Südafrikaner Nick du Toit, einige Kasachen und Armenier, einige Äquatorialguineer und auch einen Deutschen: Gerhard Eugen Merz, tätig für eine Firma aus Offenbach.

Schon nach acht Tagen Haft im berüchtigten Black-Beach-Gefängnis am Strand von Malabo starb Merz – an einer nicht behandelten Malaria, sagen die einen; totgefoltert, sagen Menschenrechtler. Das Land ist bekannt für die rüden Methoden im Umgang mit seinen Gegnern.

Ungefähr zeitgleich zu den Verhaftungen in Malabo wurde in Simbabwes Hauptstadt Harare eine Boeing festgehalten, in der sich über 60 schon etwas betagte Söldner aus Südafrika befanden, die ehedem zu meist im „Bataillon Buffalo“, einer Sondereinheit des Rassistenregimes, dienten.

Im Gepäck hatte die illustre Reisegruppe nur Bolzenschneider, Pfefferspray und Vorschlaghämmer. Und der Flug sollte auch nur bis Burundi gehen. Dennoch präsentierten Simbabwes Häscher die Männer als jene, die Äquatorialguineas Präsidenten stürzen wollten. Dann ging ihnen noch Simon Mann ins Netz. Der 51-jährige Mitbegründer der Söldneragentur „Executive Outcomes“ ist ein Freund Thatchers. Die Simbabwer behaupteten, er habe mit dessen Geld Waffen für den Putsch besorgten wollen: Kalaschnikows, Mörsergranaten und Munition. Deshalb wird den angeblichen Umstürzern nun der Prozess gemacht: den einen in Harare, den anderen in Malabo, weil Südafrika auf die Auslieferung seiner daheim nur „white trash“, weißer Abschaum, genannten Staatsbürger generös verzichtete. Ein Ende der Polit-Posse ist damit noch

nicht in Sicht. Vorigen Freitag sprachen Richter in Harare Simon Mann zwar schuldig, den Kauf gefährlicher Waffen betrieben zu haben. Dem britischen Ex-Offizier drohen bei der Urteilsverkündung am 10. September bis zu zehn Jahre Gefängnis.

66 mitangeklagte Söldner indes, der Großteil der vermeintlichen Putschtruppe, wurden vom Gericht freigesprochen. Sie müssen sich lediglich noch wegen Einreisevergehen verantworten.

THILO THIELKE

